

Regierung von Niederbayern



Regierung von Niederbayern Postfach - 84023 Landshut

Stadt Landshut
Fleischbankgasse 316
84028 Landshut

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (bitte angeben)
Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter
RNB-21-3321 - 44
Herr Kratzer

Telefon
E-Mail
+49 871 808-1391
jonas.kratzer@reg-nb.bayern.de

Telefax
+49 871 808-1002

Landshut,
25.03.2022

**Vollzug des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg);
Planfeststellungsverfahren nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung von Altheim nach Adlkofen;
hier: Änderung der Planunterlagen – Auslegung**

Anlagen

1. Vordruck ortsübliche Bekanntmachung
2. Vordruck Benachrichtigung nicht ortsansässiger Betroffener
3. Vordruck für das Rückleitungsschreiben
4. (wird nachgereicht) 1 Satz Planunterlagen
5. (wird nachgereicht, nicht zur Auslage bestimmt) 1 Eigentümerschlüsselliste

Sehr geehrte Damen und Herren,

die TenneT TSO GmbH plant den Neubau und den Betrieb der 380-kV-Höchstspannungsleitung von Altheim nach Adlkofen. Für dieses Vorhaben wird seit November 2013 das Planfeststellungsverfahren gem. § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG durchgeführt. Im Januar und Februar 2014 erfolgte dabei die öffentliche Auslegung der Planunterlagen. Im diesem Rahmen wurden durch private Betroffene, durch Verbände und durch Träger öffentlicher Belange Einwendungen bzw. Stellungnahmen abgegeben. Diese wurden im Erörterungstermin am 29.11.2016 diskutiert. Die Vorhabenträgerin überprüfte daraufhin einzelne Punkte der Planung erneut und änderte ihre Planung in kleineren Bereichen:

Unter anderem ist es an den Maststandorten 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10, 11, 15, 16, 17 durch die Tektur der Planunterlagen jeweils zu einer Umplanung und somit zu einer Änderung der ursprünglich ausgelegten Planunterlagen gekommen. Hierdurch ändern sich nicht nur die Maststandorte, sondern auch die durch die Leiterseile überspannten Flächen und damit die Lage der Schutzstreifen.

Dienstgebäude
Regierungsplatz 540
84028 Landshut

Telefon
+49 871 808-01
Telefax
+49 871 808-1002

E-Mail
poststelle@reg-nb.bayern.de
Internet
www.regierung.niederbayern.bayern.de

Besuchszeiten
nach Vereinbarung

Um allen möglicherweise neu oder stärker Betroffenen die Gelegenheit zur Äußerung zu geben, wird eine erneute Auslegung der geänderten Planunterlagen durchgeführt. Ein Ergänzungsverfahren nach Art. 73 Abs. 8 BayVwVfG wird wegen der damit verbundenen Unsicherheit im vorliegenden Fall nicht durchgeführt. Es bleibt bei einem Auslegungs- und Anhörungsverfahren nach Art. 73 Abs. 3 – 6 BayVwVfG.

Das plangegegenständliche Vorhaben verläuft durch die Stadt Landshut, den Markt Essenbach sowie die Gemeinde Adlkofen. Flächen für Kompensationsmaßnahmen, welche noch nicht im Eigentum der Vorhabenträgerin stehen, werden zusätzlich in der Stadt Simbach herangezogen.

Die genannten Gemeinden haben die Planfeststellungsunterlagen gem. § 43a Nr. 1 EnWG innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Unterlagen für die Dauer eines Monats zur allgemeinen Einsicht auszulegen. Zeit und Ort sind vor der Auslegung ortsüblich bekannt zu machen. Bei der Auslegung handelt es sich um eine gesetzlich den Gemeinden zugewiesene Aufgabe (vgl. Art. 73 Abs. 5 BayVwVfG), so dass eine Kostenerstattung nicht möglich ist.

Für die Berechnung der Auslegungsfrist gilt Art. 31 Abs. 1 BayVwVfG i. V. m. §§ 187 Abs. 2, 188 Abs. 2 Alt. 2 BGB. Bei der Berechnung der Monatsfrist ist der erste Tag mitzurechnen, wenn an ihm ab Dienstbeginn die Planunterlagen ausgelegt haben. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag oder einen Samstag, so endet die Frist mit dem Ablauf des nächstfolgenden Werktages (Art. 31 Abs. 3 Satz 1 BayVwVfG).

Um wesentliche Fehler bei der Fristberechnung zu vermeiden, bitten wir entsprechend der Zeitplanung der Vorhabenträgerin die geänderten Planunterlagen (**Anlage 4; wird rechtzeitig vor dem 11.04.2022 nachgereicht**) vom

**11.04.2022 (ab Dienstbeginn)
bis einschließlich
10.05.2022 (bis Dienstende)
– Auslegungsfrist –**

zur Einsichtnahme während der Dienststunden auszulegen. Die Einsicht darf nicht auf die Sprechzeiten der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung beschränkt werden, sondern muss während der Dienststunden unter Berücksichtigung der ortsüblichen Handhabung möglich sein.

Während der Auslegungsfrist und bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, bei Beachtung der o.g. Empfehlung bis **einschließlich 24.05.2022** (Ende der Einwendungsfrist) können **Einwendungen gegen die Änderung der Planung** entweder bei der Regierung von Niederbayern oder bei den jeweiligen Gemeinden, bei denen die Planunterlagen ausliegen, schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden.

Auch Sie als Gemeinde und Trägerin der Planungshoheit sowie kommunaler Einrichtungen erhalten innerhalb der Einwendungsfrist Gelegenheit zu dem Vorhaben in Bezug auf die Änderungen erneut Stellung zu nehmen. Soweit kommunale Unternehmen bzw. Einrichtungen der Gemeinde (z. B. Stadtwerke) von den Änderungen des Vorhabens tangiert sind, bitten wir Sie, diese ebenfalls von dem Vorhaben in Kenntnis zu setzen.

Zeit und Ort der Auslegung sind vor der Auslegung in den betroffenen Gemeinden – mindestens eine Woche vorher – ortsüblich bekannt zu machen. Ein Vordruck der Bekanntmachung ist als **Anlage 1** beigelegt. Bitte ergänzen Sie in der Bekanntmachung noch den genauen Ort der Auslegung (Anschrift, Zimmernummer) sowie die Auslegungs- und Einwendungsfrist und leiten Sie der Regierung von Niederbayern eine Kopie der Bekanntmachung vorab zu.

Die in den Planunterlagen enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Den Planunterlagen liegt deshalb eine gesonderte Liste (**Anlage 5; wird nachgereicht**) bei. Diese gesonderte Liste mit Namen und Anschriften darf nicht mitausgelegt und auch niemandem ausgehändigt werden.

Ebenso wird gebeten nochmals zu prüfen, ob in Bezug auf die geänderte Planung Betroffene vorhanden sind, die ihre Wohnung oder ihren Sitz nicht in der Gemeinde haben (nicht ortsansässige Betroffene). Die den Planunterlagen gesondert beigefügte Liste der Grundeigentümer (**Anlage 5; wird nachgereicht**) kann insoweit zu deren Ermittlung herangezogen werden. Ist dies der Fall, so sollen diese gem. Art. 73 Abs. 5 Satz 3 BayVwVfG rechtzeitig vorher von der Auslegung nach dem als **Anlage 2** beigefügten Vordruck einschließlich einer Kopie der Bekanntmachung unterrichtet werden, wenn ihr Aufenthalt bekannt ist oder sich in angemessener Zeit ermitteln lässt.

Die bei Ihnen erhobenen Einwendungen sind unverzüglich nach Ende der Einwendungsfrist unter Verwendung des als **Anlage 3** beigefügten Vordrucks unverzüglich an die Regierung von Niederbayern zuzuleiten. Ebenso sind die die Auslegung und die Bekanntmachung zu bescheinigen. Aus den ausgelegten Planunterlagen dürfen keine Unterlagen entnommen werden.

Nach Eingang der Einwendungen und Stellungnahmen zu dem Vorhaben wird der Vorhabenträgerin Gelegenheit gegeben, hierzu ebenfalls Stellung zu nehmen und ggf. Probleme auszuräumen. Ein erneuter Erörterungstermin ist entsprechend § 43a Nr. 4 EnWG derzeit nicht vorgesehen.

Den Erhalt dieses Schreibens bitten wir umgehend formlos per E-Mail (energieversorgungsleitungen@reg-nb.bayern.de) zu bestätigen.

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen bereits im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen



Kratzer
Regierungsrat